

# W. Amelungs Infomail vom 20.12.2008

Zusammenstellung: Jan Steindecker

## Hinweise der Herausgeber

Die Infomail erscheint alle vierzehn Tage per Email und fasst wichtige Ereignisse in und um Israel zusammen. Sie erscheint heute letztmalig (siehe „In eigener Sache“). Für die Erstellung der Infomail werden folgende Quellen verwendet:

- Newsletter von israel heute (<http://www.israelheute.com>)
- Newsletter von Israelnetz (<http://www.israelnetz.de>)
- Newsletter der Internationalen Christlichen Botschaft Jerusalem ICEJ (<http://www.icej.de>)
- Newsletter der Botschaft des Staates Israel - Berlin (<http://www.israel.de>)

Wurden Anmerkungen zu Beiträgen gemacht, so sind diese in einer Fußnote enthalten und beginnen mit dem Kürzel des Anmerkenden (JST = Jan Steindecker).

## Inhaltsverzeichnis

|  |          |
|--|----------|
| <b>1 In eigener Sache</b>  | <b>2</b> |
| <b>2 Israelnetz.de Newsletter vom 08.12.08</b>   | <b>3</b> |
| 2.1 Schutzräume für Ortschaften nahe Gazastreifen bewilligt . . . . .                  | 3        |
| 2.2 Niedrigwasser in Jordanzuflüssen . . . . .   | 3        |
| <b>3 Israelnetz.de Newsletter vom 09.12.08</b>   | <b>4</b> |
| 3.1 Arabischer Kolumnist: „Bemühung um Zerstörung Israels war Zeitverschwendung“ . . . | 4        |
| <b>4 ICEJ Nachrichten vom 10.12.08</b>   | <b>4</b> |
| 4.1 Alijah: Rekordrückkehr aufgrund Finanzkrise . . . . .                              | 4        |
| <b>5 Israelnetz.de Newsletter vom 11.12.08</b>   | <b>5</b> |
| 5.1 Israel bewilligt Geldtransfer nach Gaza . . . . .                                  | 5        |
| <b>6 israel heute vom 12.12.08</b>   | <b>5</b> |
| 6.1 Livni will israelische Araber ausweisen . . . . .                                  | 5        |
| <b>7 Israelnetz.de Newsletter vom 12.12.08</b>   | <b>5</b> |
| 7.1 Anti-israelische Weihnachtslieder in britischem Gottesdienst . . . . .             | 5        |

|  |           |
|--|-----------|
| <b>8 Israelnetz.de Newsletter vom 15.12.08</b>                                     | <b>6</b>  |
| 8.1 Erneut palästinensische Häftlinge freigelassen . . . . .                       | 6         |
| 8.2 „Verfolgungskampagne gegen Christen im Gazastreifen“ . . . . .                 | 6         |
| <b>9 Israelische Botschaft vom 15.12.08</b>  | <b>8</b>  |
| 9.1 Hamas verhöhnt Gilad Shalit . . . . .  | 8         |
| <b>10 Israelnetz.de Newsletter vom 16.12.08</b>                                    | <b>8</b>  |
| 10.1 Petition fordert Ende der innerpalästinensischen Auseinandersetzung . . . . . | 8         |
| <b>11 Israelnetz.de Newsletter vom 17.12.08</b>                                    | <b>9</b>  |
| 11.1 Trotz Feuerpause: Mehr palästinensische Angriffe als 2007 . . . . .           | 9         |
| <b>12 ICEJ Nachrichten vom 17.12.08</b>  | <b>9</b>  |
| 12.1 UN-Sicherheitsrat beschließt Fortsetzung von Annapolis . . . . .              | 9         |
| 12.2 Syrien will Ufer des See Genezareth als neue Grenze . . . . .                 | 9         |
| <b>13 Israelische Botschaft vom 17.12.08</b>                                       | <b>10</b> |
| 13.1 Die Katze im Sack - Von Alexander Jacobson . . . . .                          | 10        |
| <b>14 israel heute vom 18.12.08</b>  | <b>12</b> |
| 14.1 Niedrigste Arbeitslosenrate . . . . .   | 12        |
| <b>15 Israelnetz.de Newsletter vom 18.12.08</b>                                    | <b>12</b> |
| 15.1 Rabbis und Imame wollen Terror bekämpfen . . . . .                            | 12        |
| 15.2 Britische Gewerkschaft sagt Boykott israelischer Hochschulen ab . . . . .     | 12        |
| <b>16 Israelische Botschaft vom 18.12.08</b>                                       | <b>13</b> |
| 16.1 Israels Position zur arabischen Friedensinitiative . . . . .                  | 13        |
| <b>17 israel heute vom 19.12.08</b>  | <b>14</b> |
| 17.1 Antike Münzen gefunden . . . . .  | 14        |
| <b>18 Israelische Botschaft vom 19.12.08</b>                                       | <b>14</b> |
| 18.1 Livnis Erwartungen für 2009 . . . . .   | 14        |
| 18.2 Gaza: Raketen zum Ende der Waffenruhe . . . . .                               | 15        |

## **1 In eigener Sache**

Liebe Israelfreunde,

heute erreicht Euch nun die letzte Infomail. Leider hat sich auf unsere wiederholte Anfrage nach einem neuen Infomailersteller niemand gemeldet. Da Jan diesen Dienst aus Kraft- und Zeitgründen nicht mehr leisten kann, stellen wir damit die Infomail ein. Bei Euch allen bedanken wir uns für Euer treues Mitlesen und die Weitergabe der Infomail an Interessierte in Eurer Umgebung. Danken möchten wir Euch auch für alle Resonanz und Ermutigung. Wer von Euch weiter Informationen möchte, wende sich bitte direkt an

die jeweiligen Versender unserer vier Quellen. Alle Mailadressen übermitteln wir an Johannes Steinmüller vom Verein „Offenes sozial- christliches Hilfswerk Bautzen e.V.“ bei welchen auch der Arbeitskreis „Hilfe für Israel“ angeschlossen ist. Damit bekommt Ihr weiterhin den Rundbrief des Arbeitskreises. Wer dies nicht möchte, melde sich bitte bei Johannes Steinmüller (Email: joda@steinmuellerpost.de) ab. Vielen Dank.

Als der anfängliche Herausgeber möchte ich Jan von ganzem Herzen danken für seinen treuen und verantwortungsvollen Dienst. Seit Jahren hat er diese Aufgabe allein getan. Ein Ehrenamt bringt meist keine „Ehre“, sondern viel Arbeit. Da wir in einer oft echolosen Zeit leben, möchte ich wenigstens Jan sagen, wie sehr ich seinen Dienst zu schätzen weiß. Möge ihn der treue Gott mit Energie und Freude beschenken für seine weiteren Aufgaben am Reich Gottes. Es finden sich heute immer weniger „treue Knechte“ (Mt 25,21). Unser HERR ist stark am Wirken, sein Reich zu vollenden, und da braucht ER viele treue Knechte! Danke JAN!!

So wünschen wir Euch nun allen ruhige Festtage und ein gesegnetes neues Jahr.

Shalom, Winfried Amelung und Jan Steindecker

## **2 Israelnetz.de Newsletter vom 08.12.08**

### **2.1 Schutzräume für Ortschaften nahe Gazastreifen bewilligt**

JERUSALEM / GAZA (inn) - Das israelische Kabinett hat am Sonntag grünes Licht für den Bau von Sicherheitsräumen in allen israelischen Ortschaften gegeben, die sich bis zu 4,5 Kilometer vom Gazastreifen entfernt befinden. Unterdessen bereitet die Armee die Einwohner in der Region um die Mittelmeerstadt Aschdod auf mögliche palästinensische Raketenangriffe vor.

Für den Bau der Schutzräume hat die Regierung rund 174 Millionen Dollar bewilligt. Mit dem Geld sollen innerhalb der kommenden drei Jahre bestehende Gebäude verstärkt und gesichert sowie neue Sicherheitsräume errichtet werden. Das meldet die Tageszeitung „Jediot Aharonot“. Unterdessen hat das Heimatschutzkommando der Armee an die Bewohner der Städte Aschdod, Kirijat Malachi und weiterer kleinerer Ortschaften Flugblätter verteilt. Darin bereitet sie die Israelis auf mögliche palästinensische Raketenangriffe vor und informiert über das richtige Verhalten bei Ertönen des Raketenalarms. Zudem werden die Bewohner dazu aufgerufen, einen Sicherheitsraum in ihrer Wohnung einzurichten und einen Notfallplan zu erstellen.

„Es gibt keine konkreten Informationen darüber, dass Raketen die Städte erreichen können, aber wir bereiten uns auf die Möglichkeit vor“, heißt es in dem Flugblatt weiter.

Auch am vergangenen Wochenende hatten Palästinenser aus dem Gazastreifen erneut mehr als 20 Raketen auf Israel abgefeuert. Dabei war jedoch niemand verletzt worden. Eigenen Angaben zufolge griff die israelische Armee am Sonntag eine Gruppe bewaffneter Palästinenser an, die Kassam-Raketen abfeuerte. Laut palästinensischer Seite habe es keine Verletzten gegeben.

### **2.2 Niedrigwasser in Jordanzuflüssen**

TIBERIAS (inn) - Das Wasser in den wichtigsten Zuflüssen zum Jordan und zum See Genezareth ist so niedrig wie noch nie seit Beginn der Aufzeichnungen. Diese begannen im Jahr 1948.

Wie die israelische Wasserbehörde in dieser Woche mitteilte, war die Wassermenge, die im vergangenen Monat in den See floss, die geringste seit 2001. Durch den Regenmangel und die daraus erfolgende Reduzierung des Zuflusses in den Jordan könnten die Wasserstände noch niedriger werden. Nördlich des Sees fließt im Jordan nur noch halb soviel Wasser wie vor einem Jahr.

Die Behörde hat in den vergangenen Wochen die Menge verringert, die für die nationale Wasserleitung abgepumpt wird. Dadurch verlangsamt sich das Sinken des Pegels im See Genezareth. Vor einem Jahr war der Wasserstand im Dezember gestiegen.

Der Pegel des Toten Meeres ist seit Dezember 2007 um 1,40 Meter gesunken. Dies meldet die Tageszeitung „Ha'aretz“.

Die Umweltschutzgesellschaft in Israel forderte die Regierung auf, schnell zu handeln. Sie müsse langfristige Schritte unternehmen, um auf allen Gebieten Wasser zu sparen. Auch der private Sektor sei betroffen.

### **3 Israelnetz.de Newsletter vom 09.12.08**

#### **3.1 Arabischer Kolumnist: „Bemühung um Zerstörung Israels war Zeitverschwendung“**

LONDON (inn) - Ein saudischer Journalist der arabischsprachigen Tageszeitung „A-Schark al-Awsat“ (London) hat sich ungewöhnlich kritisch zur Haltung der arabischen Staaten gegenüber Israel geäußert. Die Araber hätten Zeit und Geld mit dem Versuch verschwendet, den jüdischen Staat zu zerstören, schreibt Masch'al al-Sudairi in seiner Kolumne.

Obwohl die „jüdische Besetzung eines Teiles von Palästina eine große Unterdrückung“ darstelle, hätten die Araber eine „Geschichte mit selbstverschuldeten Patzern“, die aus dem Widerstand gegen die Wiedererrichtung des jüdischen Staates resultierten, heißt es in der Kolumne laut dem Nachrichtenportal „Arutz Scheva“. Ins Englische übersetzt wurde der arabische Artikel vom Medienbeobachtungsinstitut „MEMRI“.

„Als uns in den frühen 1930er Jahren 80 Prozent und den Juden 20 Prozent von Palästina angeboten wurden, haben wir das Angebot abgelehnt. In den späten 1940er Jahren wurden uns 49 Prozent und den Juden 51 Prozent angeboten, und wir haben das abgelehnt“, schreibt al-Sudairi.

Er kritisiert die arabische Welt dafür, dass sie all ihre Ressourcen für die „Angelegenheit Palästinas“ verwende und dafür Zeit und Geld verschwende. „Ich bin bereit zu schwören, selbst bei Allah, dass, wenn auch nur zehn Prozent des Geldes, welches die arabischen Staaten investiert haben, um ihre Truppen im Kampf während der sinnlosen Kriege gegen Israel aufzurüsten, in das investiert worden wären, was von Palästina und seinen Menschen noch übrig war, sich der Gazastreifen und das Westjordanland jetzt eines höheren Lebensstandards erfreuen würden, als Singapur“, so der Kolumnist.

### **4 ICEJ Nachrichten vom 10.12.08**

#### **4.1 Alijah: Rekordrückkehr aufgrund Finanzkrise**

50 % mehr Israelis als im Vorjahr sind in diesem Jahr aus dem Ausland nach Israel zurückgekehrt, Tendenz steigend. Aufgrund der globalen Finanzkrise entscheiden sich immer mehr Bürger des jüdischen

Staates dafür, in ihre Heimat zurück zu kehren. Auch die Anzahl derjenigen, die erstmals nach Israel einwandern wollen, ist nach Angaben der israelischen Regierung sprunghaft angestiegen. 9000 im Ausland lebende Israelis haben zudem angekündigt, im kommenden Jahr nach Israel zurück kehren zu wollen. Die Jewish Agency und das Einwanderungsministerium werden auf besonderen Alijah-Messen in den USA, England und Kanada neue Steuervergünstigungen für Rückkehrer vorstellen. Auf dem israelischen Arbeitsmarkt warten Jobangebote in den Bereichen Ingenieurwesen, Finanzen, Banken, Polizei und Verkauf auf die Ankömmlinge.

## **5 Israelnetz.de Newsletter vom 11.12.08**

### **5.1 Israel bewilligt Geldtransfer nach Gaza**

JERUSALEM / GAZA (inn) - Die Palästinenser können knapp 20 Millionen Euro aus dem Westjordanland in den Gazastreifen transferieren. Dies bewilligte Israels Verteidigungsminister Ehud Barak am Mittwoch.

Wie die Tageszeitung „Ma´ariv“ meldet, soll das Geld an Banken im Gazastreifen weitergeleitet werden. Derzeit befindet es sich in Geldinstituten im Westjordanland. Der dortige palästinensische Premier Salam Fajjad hatte Israel darum gebeten, den Transfer zu genehmigen. Auch der Gouverneur der „Bank of Israel“, Stanley Fischer, schloss sich dieser Aufforderung an.

Transporte und Geldüberweisungen in den Gazastreifen sind aufgrund der Blockade gegen das palästinensische Gebiet derzeit nur unter erschwerten Bedingungen möglich.

## **6 israel heute vom 12.12.08**

### **6.1 Livni will israelische Araber ausweisen**

Gestern sagte die Vorsitzende der Kadima-Partei und Außenministerin Zippi Livni, dass wenn sie die kommenden Wahlen gewinnt, sie die Linie Avogdor Liebermans adoptieren wolle, die vorsieht die israelischen Araber auszuweisen, da sie sich eher als Palästinenser ansehen als israelische Staatsbürger. Livni sagte dies bei eine Rede vor Schülern einer Tel Aviver Hochschule. Bisher war Lieberman von Livni selbst und den anderen linksausgerichteten Parteien als ein Rassist eingestuft worden. Außerdem sagte sie weiter, dass wenn sie Ministerpräsidentin sein würde, könnte es sein, dass der entführte Soldat Gilad Shalit niemals wieder nach Hause kehren könnte, denn es sei nicht möglich, jeden nach Hause zu bringen und es sich nicht lohne das Leben von vielen Soldaten für eine Person aufs Spiel zu setzen.

## **7 Israelnetz.de Newsletter vom 12.12.08**

### **7.1 Anti-israelische Weihnachtslieder in britischem Gottesdienst**

LONDON (inn) - Der israelische Botschafter in England, Ron Prosor, hat die anglikanische Kirche stark kritisiert. Diese hatte einer anti-israelischen Gruppierung gestattet, in London einen Gottesdienst abzuhalten.

Die Gruppierung hatte traditionelle Weihnachtslieder umgeschrieben und den Text mit anti-israelischen Parolen versehen, berichtet die Tageszeitung „Jediot Aharonot“. Die Mitglieder der Gruppe waren größtenteils Palästinenser und Juden, die zu einem Boykott israelischer Produkte aufrufen.

Wie die britische Tageszeitung „The Times“ berichtet, habe sich einer der Aktivisten „freiwillig dazu bereit erklärt“, die Weihnachtslieder in neue Worte zu fassen. So wurde das Lied „Einst in König Davids Stadt“ umgedichtet zu „Einst in König Davids Stadt stand eine große 'Apartheidsmauer'“. Auch der Text des Liedes „Twelve Days of Christmas“ (Die zwölf Tage von Weihnachten) wurde verändert zu „Zwölf Attentate, elf zerstörte Häuser, zehn Schächte versperrt, neun Wachtürme für Heckenschützen, [...]“

### **„Antisemitische Verleumdungen“**

Nachdem bekannt geworden war, dass dieser Gottesdienst in der „Wren Church of St. James“ stattfinden darf, bat Prosor die anglikanische Kirche, solch einen Gottesdienst zu verbieten. „Ich plane eine offensive Kampagne gegen die Entscheidung der Kirche, diese Veranstaltung stattfinden zu lassen. Diese Weihnachtslieder ähneln antisemitischen Verleumdungen.“ Er als Repräsentant des israelischen Staates fühle sich dazu verpflichtet, solche „Phänomene“ zu bekämpfen.

Auch der frühere Erzbischof von Canterbury, Lord Carey of Clifton, sprach sich gegen diesen Gottesdienst aus. In einer Lesung im „London Jewish Cultural Centre“ sagte er, dass Antisemitismus und Judenfeindlichkeit teilweise noch immer in christlichen Kreisen „herumschleichen“. Der Pfarrer der St. James-Kirche sagte daraufhin, er werde darüber nachdenken, ob er solche Gottesdienste ein weiteres Mal in seiner Kirche stattfinden lasse, nachdem Dutzende von Beschwerden bei ihm eingereicht worden seien. „Es war erschreckend zu sehen, dass eine Kirche zulässt, dass eine ihrer schönsten Traditionen mit Hass gefüllt wird“, so Prosor.

## **8 Israelnetz.de Newsletter vom 15.12.08**

### **8.1 Erneut palästinensische Häftlinge freigelassen**

JERUSALEM / RAMALLAH (inn) - Israel hat am Montag 227 Palästinenser aus der Haft entlassen. Anlass für diese „Geste des guten Willens“ gegenüber Präsident Mahmud Abbas war das islamische Opferfest „Eid al-Adha“.

Von den ehemaligen Häftlingen kehren 209 ins Westjordanland zurück, 18 werden über den Eres-Übergang in den Gazastreifen gebracht. „Wir hoffen, diese Freilassungen werden als wichtige vertrauensbildende Maßnahme angesehen, die das Vertrauen in die Verhandlungen stärken sollen“, sagte Mark Regev, Sprecher des israelischen Premiers Ehud Olmert.

Die entlassenen Palästinenser sind ausschließlich Anhänger von Abbas' Fatah-Partei. Der Schritt war Mitte November bei einem Treffen des palästinensischen Präsidenten mit Olmert beschlossen worden.

### **8.2 „Verfolgungskampagne gegen Christen im Gazastreifen“**

Der Gazastreifen ist ständig im Blickpunkt der Medien. Vor allem die Notlage der Bewohner, die durch die internationale Blockade des palästinensischen Gebietes entsteht, wird immer wieder beleuchtet. Berichterstatte und UN-Mitarbeiter werden nicht müde zu betonen, dass eine humanitäre Krise

unausweichlich sei. Ein Thema wird jedoch fast vollständig ausgeklammert: Die Diskriminierung der christlichen Minderheit. Jetzt weist die „Jerusalem Post“ darauf hin, dass der Druck auf die Christen dramatische Formen annimmt.

„Unbemerkt von den westlichen Medien findet im Gazastreifen eine systematische Verfolgungskampagne statt, und in einem geringeren Maße im Westjordanland“, schreibt Jonathan Spyer in der israelischen Tageszeitung. „Das allgemeine Schweigen, das diese Kampagne umgibt, hilft ihren Tätern. Die Opfer sind palästinensische Christen, vor allem die kleine christliche Gemeinschaft von Gaza.“ Diese bestehe aus 2.000 bis 3.000 Menschen.

Im Juni 2006 übernahm die Hamas gewaltsam die Macht in dem Gebiet. Seither werde die Situation immer schwerer zu ertragen, heißt es in der Analyse. Die Christen von Gaza hätten sich der „politischen Unsichtbarkeit“ zugewandt. Der aus London stammende Autor geht auf den Mord an dem Buchhändler Rami Ajjad im Oktober 2007 ein und zählt Anschläge gegen christliche Gebäude aus den vergangenen Monaten auf. Vor allem Bildungseinrichtungen seien betroffen. Da die Attentate meist nachts verübt würden, gebe es dabei kaum Verletzte. Mitunter würden Wachleute zu Opfern der Gewalt.

Als verantwortlich für die Angriffe gelten relativ unbekannt islamistische Gruppierungen. Doch auch die „Volkwiderstandskomitees“ (PRC), die von ehemaligen Fatah-Offizieren gegründet wurden, sind der Meinung, dass die christliche Präsenz im Gazastreifen ausgelöscht werden müsse. Denn sie übe einen pro-westlichen, anti-islamischen Einfluss auf die Muslime aus.

### **Oberflächliche Strafverfolgung**

Die herrschende Hamas hat sich offiziell zur Toleranz gegenüber der christlichen Gemeinschaft verpflichtet. Sprecher haben die Anschläge verurteilt. Doch in der Praxis, so Spyer, hätten „nur oberflächliche Ermittlungen stattgefunden, und Festnahmen sind selten“. Verdächtige würden nicht angeklagt und stattdessen schnell wieder auf freien Fuß gesetzt.

Der Verfasser, der im israelischen Herzlija als Forschungsstipendiat am „Global Research in International Affairs Center“ arbeitet, kommt zu dem Schluss: „Die Verfolgung von Christen ist keine islamistische Randerscheinung. Sie ist vielmehr Teil eines größeren Islamisierungsprozesses, der in der palästinensischen Gesellschaft stattfindet. Der Aufstieg der Hamas gehört dazu.“

### **Diskriminierung auch im Westjordanland**

Im Westjordanland leben deutlich mehr Christen als im Gazastreifen. Doch auch hier beobachtet Spyer Tendenzen, ihnen das Leben schwer zu machen. So schrieb die palästinensische Tageszeitung „Al-Ajjam“ kürzlich über das Prinzip der Enteignung von Land, das Christen gehört. Dies sei vor allem in den Regionen Bethlehem, Ramallah und Al-Bireh üblich. Der Autor des arabischen Artikels, Abd al-Nasser al-Nadschar, beklagte, dass von den Behörden keine „konstruktive Aktion“ für die Christen ausgehe. Das Interesse der Palästinensischen Autonomiebehörde und anderer Einrichtungen sei offenbar gering.

Offiziell wird weiter behauptet, die Palästinenser seien eine einzige Nation. Zwischen Muslimen und Christen herrsche Harmonie. Die offizielle Führung der arabischen Christenheit bläst in dasselbe Horn. „Unterdessen sind die Christen vor Ort ängstlich und stimmen mit ihren Füßen ab“, heißt es in der

„Jerusalem Post“. „Bethlehem zum Beispiel hat erlebt, dass seine christliche Bevölkerung von einer 60-Prozent-Mehrheit im Jahr 1990 auf unter 20 Prozent heute gesunken ist. Die kleine und drangsalierte christliche Minderheit in Gaza könnte in naher Zukunft einfach aufhören zu existieren.“

Spyer macht ausländischen Medien, Nicht-Regierungsorganisationen vor Ort und manchen politischen Führungen im Westen den Vorwurf: „Sie fördern lieber eine Version der Ereignisse im Westjordanland und in Gaza, die auf einer Illusion und bewusster Ignoranz basiert, als auf Beweisen. Der langsame Tod einer alten Gemeinschaft ist eine Frucht davon.“

## **9 Israelische Botschaft vom 15.12.08**

### **9.1 Hamas verhöhnt Gilad Shalit**

Mehr als 150 000 Hamas-Aktivisten haben am Sonntag bei einem Aufmarsch in Gaza das 21. Gründungsjubiläum der Terrororganisation gefeiert. Im Laufe der Veranstaltung wurde der vor zweieinhalb Jahren in den Gaza-Streifen verschleppte israelische Soldat Gilad Shalit verhöhnt. Ein mit einer israelischen Uniform verkleidetes Mitglied der Hamas imitierte den 22jährigen und sorgte mit einem Gnadengesuch auf Hebräisch für Stimmung unter den Anwesenden.

Die Hamas wurde 1987 in Gaza gegründet und ergriff dort im Juni vergangenen Jahres die Macht. Bei dem gestrigen Aufmarsch wurde die totale Herrschaft der Terrororganisation im Gaza-Streifen dadurch offenbar, dass Tausende von Hamas-Polizisten die Straßen sicherten.

*(Haaretz, 14.12.08)*

## **10 Israelnetz.de Newsletter vom 16.12.08**

### **10.1 Petition fordert Ende der innerpalästinensischen Auseinandersetzung**

NABLUS (inn) - Palästinenser im Westjordanland haben am Montag eine Kampagne gestartet, die den Konflikt zwischen Fatah und Hamas beenden soll. In einer Petition sollen die rivalisierenden Gruppen aufgefordert werden, eine Einheitsregierung zu bilden. Die Initiatoren hoffen auf eine Million Unterschriften.

Wie die palästinensische Nachrichtenagentur „Ma’an“ berichtet, fand der Auftakt zu der Kampagne in Nablus statt. Vertreter des politischen und religiösen Lebens nahmen an der Zeremonie in der An-Nadschah-Universität teil. Nach Angaben von Koordinatoren ist es die größte Aktion, seit die Einheitsregierung aus Hamas und Fatah im Sommer 2007 aufgelöst wurde. Nun herrscht im Gazastreifen die Hamas, während die Regierung im Westjordanland von der Fatah dominiert wird.

Zu den Unterstützern der Petition gehören der Milliardär Munib al-Masri sowie die früheren Minister Nasser Addin a-Schaer, Samir Abu Eisha und Ali as-Sartawi.

Allein in Nablus streben die Organisatoren 100.000 Unterschriften an.

## **11 Israelnetz.de Newsletter vom 17.12.08**

### **11.1 Trotz Feuerpause: Mehr palästinensische Angriffe als 2007**

JERUSALEM (inn) - In diesem Jahr haben Palästinenser mehr Raketen und Granaten auf Israel abgefeuert als 2007. Die Gesamtzahl der Angriffe hat sich trotz der Feuerpause erhöht. Das geht aus einem Bericht der israelischen Sicherheitskräfte hervor.

Im Jahr 2007 wurden beim Sicherheitsapparat mehr als 1.200 Raketen und über 600 Granaten registriert, die vom Gazastreifen abgefeuert worden waren. In den ersten elf Monaten des Jahres 2008 waren es bereits rund 2.900 Geschosse. Infolge der Waffenruhe, die am 19. Juni begann, verringerte sich die monatliche Zahl der Geschosse in der Zeit von Juli bis Oktober auf je fünf. Im November hingegen wurden 148 Raketen und 85 Granaten dokumentiert.

Ein ranghoher Militärvertreter sagte gegenüber der Online-Ausgabe der Zeitung „Jediot Aharonot“: „Ohne Zweifel bezeugen die Zahlen vom November, dass es keine Ruhe gibt.“ Zwar sei der Beschuss in den letzten Tagen wieder zurückgegangen. Doch die Terrorgruppen würden wieder schießen, wenn sie es wollten.

Im Jahr 2004, vor dem israelischen Abzug aus dem Gazastreifen und der Räumung der Siedlungen, landeten weniger als 1.000 Geschosse in Israel. „Entweder es gibt völlige Ruhe, oder es gibt eine groß angelegte militärische Aktion“, so der Armeevertreter.

## **12 ICEJ Nachrichten vom 17.12.08**

### **12.1 UN-Sicherheitsrat beschließt Fortsetzung von Annapolis**

Der UN-Sicherheitsrat hat am Dienstag mit 14 zu 0 Stimmen und einer Enthaltung direkte israelisch-palästinensischen Verhandlungen zur Erreichung einer Friedenslösung auf Antrag des sog. Quartetts (USA, UN, EU und Russland) gut geheißt. In der entsprechenden Resolution heißt es, die vor einem Jahr von US-Präsident George W. Bush in Annapolis begonnenen Verhandlungen seien unumkehrbar und sollten verstärkt werden, um so bald wie möglich einen Staat Palästina zu errichten. Es müsse Bewegung auf drei verschiedenen Spuren geben: Verhandlungen, Aufbau palästinensischer Staatseinrichtungen und die Umsetzung der Verpflichtungen von Israelis und Palästinensern nach der sog. Roadmap, einem weiteren von der Bush-Regierung vorgeschlagenen Friedensplan. Die Resolution des Quartetts fordert auch die Fortsetzung der Waffenruhe zwischen der Hamas und Israel und verleiht akuter Besorgnis über Israels Schließung von Grenzübergängen Ausdruck. Gleichzeitig wird der fortdauernde Raketenbeschuss Israels durch Terroristen aus dem Gazastreifen verurteilt. Die Resolution verlangt zudem eine Einfrierung israelischer Siedlungstätigkeit und den Abbau der palästinensischen Terrorinfrastruktur.

### **12.2 Syrien will Ufer des See Genezareth als neue Grenze**

Nach einem syrischen Vorschlag soll die Grenze zwischen Syrien und Israel nach einer Rückgabe der Golan-Höhen an Damaskus direkt entlang des nordöstlichen Ufers des See Genezareth verlaufen. Nun wartet die Regierung von Bascher Assad auf eine israelische Antwort durch die türkischen Vermittler, wie am Dienstag bekannt wurde. Nach syrischem Denken könnte eine israelische Zustimmung zu sechs

geographischen Punkten beim Abschluss eines Friedensvertrages im nächsten Jahr helfen, aber Israel ist möglicherweise nicht in der Lage zu antworten, wenn es sich in solch politischem Tumult befindet, erklärte eine syrische Quelle. Israelische Politiker sowohl aus dem rechten als auch aus dem linken Spektrum haben unterdessen der scheidenden Regierung von Premierminister Ehud Olmert jegliches Recht abgesprochen, überhaupt mit den Syrern zu reden. Jerusalem selbst hat keine offizielle Antwort auf die syrische Initiative gegeben. Der stellvertretende israelische Außenminister, Majali Wahhabe, ein arabischer Abgeordneter, erklärte jedoch, Syrien müsste zuerst alle Beziehungen zum Iran abbrechen, bevor es irgendwelche Forderungen an Israel stellen könnte. Israel hatte die strategisch wichtigen Golanhöhen während des Sechstagekrieges von 1967 erobert, nachdem es jahrelang zu Raubzügen und Scharfschützenfeuer von dem syrisch-kontrollierten Plateau aus gekommen war.

## **13 Israelische Botschaft vom 17.12.08**

### **13.1 Die Katze im Sack - Von Alexander Jacobson**

*Von Alexander Jacobson*

Beinhaltet die arabische Friedensinitiative die Forderung an Israel, das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in sein Hoheitsgebiet zu akzeptieren oder nicht? Den meisten erscheint sie als 'Pakethandel' - ein Rückzug aus den Gebieten für Frieden und Normalisierung; allerdings enthält die Initiative, wie sie im April 2002 von der Arabischen Liga verabschiedet wurde, auch einen Abschnitt, der sich mit den Flüchtlingen befasst: „Eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems, die gemäß der Resolution 194 der UN-Vollversammlung entschieden wird.“

Über die Bedeutung dieses Satzes herrschen verschiedene Meinungen. Dr. Mati Steinberg, früherer Ratgeber zu Palästinenserfragen des Leiters der Allgemeinen Sicherheitsbehörde (SHABAK), behauptet (Leserbrief an die Haaretz vom 30.11.), dass die arabische Friedensinitiative, solange die Resolution 195 die Wahl zwischen Rückkehr und Entschädigung in den Händen der Flüchtlinge belässt, dem Flüchtling die alleinige Befugnis entzieht, darüber zu entscheiden, und sie einem diplomatischen Abkommen zwischen Israel und der palästinensischen Seite unterwirft“; somit erhalte Israel ein „De-facto-Vetorecht“ über die Rückkehr der Flüchtlinge in sein Staatsgebiet.

Bei allem Respekt vor der großen Expertise Steinbergs in anderen Fragen stimmt seine Auslegung doch nicht mit der Version der Arabischen Liga überein. Die „gerechte Lösung“ gemäß der arabischen Initiative muss zwar zwischen beiden Seiten vereinbart werden, aber der Inhalt der Vereinbarung bleibt nicht den freien Verhandlungen zwischen ihnen überlassen, sondern steht insofern von vornherein fest, als das Abkommen „gemäß der Resolution 194“ sein wird. Dies ist der Grundsatz, den Israel als Basis für eine zukünftige Vereinbarung in der Flüchtlingslage befolgen soll; danach müssten beide Seiten die Einzelheiten seiner Umsetzung beschließen. Dies ist genau die palästinensische Forderung in der Frage der Rückkehr: Erst akzeptiert ihr Israelis den Grundsatz auf das Recht auf Rückkehr nach Israel, und dann sprechen wir über die genaue Art und Weise, wie dieser Grundsatz umgesetzt wird.

Die Resolution 194, die dazu aufruft, den Flüchtlingen sobald wie möglich eine Rückkehr in ihre Häuser zu gestatten, ist, wie alle Resolutionen der UN-Vollversammlung, lediglich eine Empfehlung. Sie schafft kein „Recht auf Rückkehr“ im Sinne des internationalen Rechts. Sollte Israel sich international

zur Annahme der Resolution als Basis für eine Lösung der Flüchtlingsfrage verpflichtet, wird sie freilich verbindliche Geltung erlangen. Auch der Clinton-Plan, den Steinberg in seinem Brief erwähnt, bezieht sich auf die Resolution 194, wenn auch in gänzlich anderer Weise. Dort heißt es, dass die Rückkehr der Flüchtlinge gemäß dem Grundsatz von zwei Staaten für zwei Völker in den palästinensischen Staat erfolgen werde; außerdem wird ausdrücklich vermerkt, dass es kein Recht auf Rückkehr „nach Israel selbst“ gebe. Im Anschluss heißt es, dass die beiden Seiten erklären werden, dass diese Lösung - d. h. die Lösung, die ein Recht auf Rückkehr nach Israel explizit verneint - die Resolution 194 erfülle. Dies ist ein problematischer rhetorischer Schachzug, aber er schützt Israel vor der Forderung nach Rückkehr in sein Territorium. Nicht so die arabische Initiative.

Wenn Israel die Formel der Arabischen Liga akzeptiert und danach, im Laufe der Verhandlungen mit den Palästinensern, eine Lösung der Flüchtlingsfrage vorzuschlagen versucht, die nicht „gemäß der Resolution 194“ ist, d. h. ihm eine Vetorecht in Bezug auf die Rückkehr der Flüchtlinge einräumt, wird man es - zurecht - beschuldigen, die grundsätzliche Verpflichtung zu verletzen, die es bei der Annahme der arabischen Initiative auf sich genommen hat. Die diplomatische Situation wird keine leichte sein.

Wenn jemand darum gebeten hätte, die Formel „eine gerechte Lösung für das Problem der israelischen Araber, über das gemäß dem Parteiprogramm der Moledet entschieden wird“ zu akzeptieren, hätte es wohl keine Auslegungsschwierigkeiten in Bezug auf diese Formel gegeben: eine Forderung zur Annahme der Transfer-Idee, und danach lassen sich die Einzelheiten der Umsetzung klären. Kein Gegner des Transfers hätte eine solche Formel akzeptiert.

Die Versuchung, sich die Resolution der Arabischen Liga zu Eigen zu machen, rührt gewiss von dem tapferen und verständlichen Willen her, eine Kompromissformel zu finden, die zu einem Abkommen und zum Frieden führt. Die Wahrheit ist, dass die ursprüngliche saudische Initiative, die von Prinz Abdallah vorgestellt wurde, in der Tat von Frieden und Normalisierung für einen vollständigen Rückzug aus den Gebieten spricht, jedoch nicht das Recht auf Rückkehr erwähnt.

Der Abschnitt über die Flüchtlinge wurde in seiner gegenwärtigen Form beim Gipfel der Arabischen Liga 2002 auf eine Forderung der PLO und Syriens hin hinzugefügt. Es ist anzunehmen, dass die Saudis mit Freuden ein Friedensabkommen akzeptieren würden, das mit der Rückgabe der Gebiete ohne das Recht auf Rückkehr nach Israel verbunden wäre, aber das heißt nicht, dass sie bereit sein würden, mit den Palästinensern über diese Angelegenheit in Streit zu geraten.

Die saudische Initiative enthält, auch nach den Korrekturen, die man an ihr vorgenommen hat, positive und wichtige Grundsätze. Man muss jedoch bedenken, dass Israel nicht darum gebeten wird, über die Initiative zu verhandeln; vielmehr fordert man von ihm, sie so wie sie ist zu akzeptieren, in einem Guss. Dies darf Israel nicht tun, sofern es nicht bereit ist, das Prinzip des Rechts auf Rückkehr der Flüchtlinge und ihrer Nachkommen in sein Hoheitsgebiet zu akzeptieren.

*(Haaretz, 07.12.08)*

*Die im Newsletter veröffentlichten Kommentare geben nicht grundsätzlich den Standpunkt der israelischen Regierung wieder.*

## **14 israel heute vom 18.12.08**

### **14.1 Niedrigste Arbeitslosenrate**

Israels Arbeitslosenrate sank mit 2,3 % auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren. Ungeachtet dessen will Israels Arbeitsminister Eli Yishai, der der sefardisch-orthodoxen Schass-Partei angehört, im Hinblick auf schlechtere Zeiten einen Notplan durchsetzen, durch den noch weitere 100.000 Personen eine Arbeitsstelle bekommen.

## **15 Israelnetz.de Newsletter vom 18.12.08**

### **15.1 Rabbis und Imame wollen Terror bekämpfen**

PARIS (inn) - Eine Gruppe von Imamen und Rabbis will gemeinsam Gewalt und Terror bekämpfen und somit zu einem besseren Verständnis der jeweils anderen Religion beitragen, vor allem im israelisch-palästinensischen Gebiet. Das beschlossen sie auf dem „Weltkongress der Imame und Rabbis für Frieden“ am Mittwoch in Paris.

Alle 85 Mitglieder der Gruppierung haben dem Beschluss zugestimmt. Der „Weltkongress der Imame und Rabbis für Frieden“ strebt nach einer Annäherung zwischen Judentum und Islam. Der 2005 gegründete Zusammenschluss von Rabbis und Imamen hat bereits zwei Konferenzen abgehalten. Diese werden von religiösen Vertretern aus rund 43 Ländern abgehalten.

Der Abschluss der Konferenz sei, wie die Tageszeitung „Ha'aretz“ berichtet, von „freundschaftlichen Zugeständnissen und lautstarken Auseinandersetzungen“ über den israelisch-palästinensischen Konflikt geprägt gewesen. „Wir wollen das Wort Gottes von den Extremisten zurückholen, die es uns gestohlen haben“, sagte Alain Michel, Vorsitzender der Vereinigung „Hommes de Parole“, die die Konferenz organisiert hat. „Jetzt wollen wir es aussprechen: Wir werden die Gewalt und den Terrorismus verurteilen. Wir machen nun dem ein Ende, dass ein oder zwei Prozent der Extremisten in unserem Namen und im Namen Gottes sprechen.“

### **15.2 Britische Gewerkschaft sagt Boykott israelischer Hochschulen ab**

LONDON (inn) - Die britische Akademiker-Gewerkschaft für Akademiker „University and College Union“ (UCU) hat den geplanten Boykott israelischer Hochschulen abgesagt. Der Grund: Mehrere Mitglieder hatten mit einer Klage gedroht. Das berichtete die Tageszeitung „Jerusalem Post“.

Den Boykott hatten Mitglieder der UCU im Mai dieses Jahres auf ihrer jährlichen Konferenz in Manchester beschlossen. Die Gruppierung „Motion 25“ rief zu einer Verbreitung der Ideen der UCU auf, die die Palästinensische Autonomiebehörde besuchen wolle, um „eine breite Diskussion über die Verwendung pädagogischer Verbindungen mit israelischen Hochschulen“ zu fördern.

Wie die „Jerusalem Post“ berichtet, sei dies weitestgehend als Boykott-Aufruf verstanden worden. Es habe bei vielen Bedenken darüber ausgelöst, wie es einer Minderheit in einer Gruppierung gelungen sei, die Agenda der Gewerkschaft durch eine „böse politische Agenda“ zu ersetzen.

## **„Verstoß gegen Kernprinzipien der Hochschulen“**

Auf Kritik stieß das Vorhaben bei Vertretern der Universität Oxford. Michael Yudkin, emeritierter Professor für Biochemie, und Denis Noble, emeritierter Professor für Physiologie, verwiesen darauf, dass jeglicher akademischer Boykott gegen die Kernprinzipien der Hochschulen verstoße. Akademiker dürften ihre Mitstudenten auf Grund von Herkunft, Geschlecht, Religion oder anderer personenbezogener Merkmale nicht benachteiligen.

Auch von den Professoren herangezogene Rechtsanwälte bestätigen, dass diese Bewegung gesetzeswidrig sei und im Widerspruch zu den Prinzipien der UCU stehe. „Wir sind froh, dass die Union ihr Vorhaben unterlässt, das das Prinzip der Nicht-Diskriminierung übergangen hätte“, sagte Yudkin.

David Hirsh, Mitarbeiter der „University of London´s Goldsmith College“, fügte hinzu: „Es sind großartige Neuigkeiten, dass sich die Union, die es nun schon seit fünf Jahren gibt, gegen den Boykott israelischer Universitäten entschieden hat. Hingegen ist es weniger großartig, dass der Generalsekretär der Union noch immer ein blindes Auge für den Antisemitismus hat, obwohl er gewarnt wurde - von einer großen Anzahl jüdischer wie auch nicht-jüdischer Mitglieder.“

## **16 Israelische Botschaft vom 18.12.08**

### **16.1 Israels Position zur arabischen Friedensinitiative**

Es ist unmöglich, nicht den Wandel zu erkennen, der sich innerhalb der arabischen Welt seit dem Diktum der 'Drei Neins' 1967 in Khartoum bis zur neuerlichen Akzeptanz der Notwendigkeit einer Anerkennung Israels und der Normalisierung der Beziehungen mit ihm im Rahmen eines umfassenden Friedens vollzogen hat. Israels Stärke und sein Engagement für einen wahren Frieden haben zu diesem Perspektivwechsel erheblich beigetragen. Israel und die pragmatischen arabischen Staaten stehen heute vor gemeinsamen Gelegenheiten, gemeinsamen Problemen und gemeinsamen Bedrohungen.

Aus Israels Perspektive kann die arabische Initiative als nützliches Instrument dienen, um

- die Unterstützung der arabischen Welt zu erlangen;
- dem bilateralen Friedensprozess Legitimität zu verleihen;
- einem Abkommen zwischen beiden Seiten regionale Akzeptanz zu verschaffen;
- gemeinsamen Feinden entgegenzutreten;
- und die graduelle und strategische Verbesserung von Israels Beziehungen im Nahen Osten zu fördern.

Des ungeachtet stellt die arabische Initiative keinen Ersatz für bilaterale Verhandlungen dar und kann das Ergebnis dieser Verhandlungen nicht bestimmen. Den bilateralen Verhandlungen sollte die Möglichkeit gegeben sein, die Interessen beider Seiten zu vertreten, und jedes Abkommen wird einen Kompromiss zwischen beiden Seiten erforderlich machen. Obwohl die Initiative positive Elemente enthält, spiegelt sie doch eine einseitige Narrative des Konflikts wider. Sie darf kein 'Entweder-Oder-Angebot' darstellen oder als Basis für gegenseitige Bezichtigungen dienen.

Seit ihrer Verabschiedung hat Israel sich wohlwollend auf die positiven Aspekte der Initiative bezogen und in ihr ein Potential für die regionale Unterstützung des bilateralen Prozesses erkannt. In diesem Sinne hat Israel einen Dialog mit dem Aufsichtskomitee (Supervisory Committee) der Arabischen Liga begonnen. Israel fühlt sich der Fortsetzung dieses Dialogs verpflichtet, und ebenso der Förderung regionaler Unterstützung für den Prozess und für jegliches Abkommen, dass durch direkte Verhandlungen zwischen der israelischen und der palästinensischen Seite erreicht wird.

*(Außenministerium des Staates Israel, Dezember 2008)*

## **17 israel heute vom 19.12.08**

### **17.1 Antike Münzen gefunden**

Archäologen gaben gestern bekannt, zwei antike Münzen gefunden zu haben, die in dem Schutt von den moslemischen Bauarbeiten auf dem Tempelberg verborgen waren. Eine dieser Münzen wurde genutzt, um die Tempelsteuer zu zahlen, denn sie zeigt einen Granatapfelbund auf und wurde anscheinend auf dem Tempelberg geprägt. Die andere Münze ist eine griechische Münze, die den Herrscher der damaligen Zeit zeigt, gegen den die Makkabäer kämpften, um das Volk Israel vom Joch desselben zu befreien. Dieser Fund fällt wunderbar, denn am Sonntagabend beginnt das jüdische Chanukka-Lichterfest, mit dem an den Sieg der Makkabäer und das Wunder des Ölkruges, der acht Tage reichte, gedacht wird.

## **18 Israelische Botschaft vom 19.12.08**

### **18.1 Livnis Erwartungen für 2009**

Israels stellvertretende Ministerpräsidentin und Außenministerin Tzipi Livni hat sich gegenüber der International Herald Tribune dazu geäußert, was sie sich vom nächsten Jahr erwartet, was sie fürchtet und was sie hofft.

„Für das Jahr 2009 erwarte ich schicksalhafte Entscheidungen. Die freien Nationen werden die innere Stärke für die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft finden müssen, oder die Kräfte der Destabilisierung und des Extremismus werden sie für uns gestalten. Dies gilt besonders für den Nahen Osten. Unsere Region durchläuft dramatische Veränderungen, und konventionelle Ansätze werden schlicht nicht genügen. Trotz der Schwierigkeiten glaube ich, dass die Menschen des Nahen Ostens die Notwendigkeit des Schutzes ihrer eigenen Identität mit dem Imperativ unserer gemeinsamen Menschheit vereinbaren können. Ich glaube, dass eine alternative friedliche Realität für unsere Region erreichbar ist. Aber die Menschen unserer Region und ihre politischen Führer werden die kollektive Weisheit und den Mut brauchen, sich für sie zu entscheiden.

Ich hoffe auf Frieden. Ich hoffe, dass wir alle die Entscheidungen und Aktionen ergreifen können, die dafür notwendig sind, um den Frieden und die Vision der zwei Staaten für zwei Völker zur Wirklichkeit machen. Nicht nur ein Stück Papier, sondern ein wirklicher Frieden für unsere Kinder, der für unsere Enkelkinder fortbestehen wird. Auf globaler Ebene hoffe ich, dass wir gemeinsam lernen, neue Talente in Bereichen wie grüner Technologie und landwirtschaftlicher Innovation sowie die Fähigkeit zur Veränderung der Umwelt zu nutzen, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen. Vom

fundamentalistischen Terrorismus bis zur Nahrungsmittelknappheit, von der globalen Erwärmung bis zur gegenwärtigen Finanzkrise - wir alle tragen die Verantwortung, diese Periode der globalen Unsicherheit in eine der globalen Kreativität und Erneuerung zu verwandeln.

Ich fürchte, dass wir zu spät aufwachen. Es besteht eine beunruhigende Asymmetrie in dem ideologischen Kampf, der heute vonstatten geht. Die Feinde von Demokratie und Freiheit legen gewöhnlich Leidenschaft und Opferbereitschaft an den Tag, während zu viele Demokratien selbstgefällig sind und nur das engere Eigeninteresse verfolgen. Die Geschichte meines Volkes hat den hohen Preis der Gleichgültigkeit gezeigt. Ich habe keinen Zweifel, dass die Kräfte des Extremismus überwunden werden. Aber ich mache mir Sorgen um die Gefahr des zu langen Wartens, bevor die Menschen sich daran erinnern, dass die Freiheit und die Möglichkeiten, die wir für selbstverständlich nehmen, wertvolle Ideale sind, die es wert sind, dass man sie schützt und dass man für sie kämpft.“

*(International Herald Tribune, 16.12.08)*

## **18.2 Gaza: Raketen zum Ende der Waffenruhe**

Pünktlich zum offiziellen Ende der Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas haben palästinensische Terroristen aus dem nördlichen Gaza-Streifen heute Morgen drei Kassam-Raketen auf den westlichen Negev abgefeuert. Sie landeten auf offenem Gelände in den Kreisen Eshkol und Sha'ar Hanegev und richteten keinen Schaden an.

Die Al-Quds-Brigaden des Islamischen Jihad haben die Verantwortung für den Beschuss übernommen. Ebenfalls am Vormittag führten bewaffnete Palästinensern einen Schussangriff auf Landarbeiter im Kibbutz Nir Oz aus. Dabei wurde zwar niemand verletzt, doch an mehreren Fahrzeugen entstand Sachschaden.

*(Yedioth Ahronot, 19.12.08)*